

Henning Voscherau

# Soziale Marktwirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung und die Leistungskraft öffentlich bestellter Dienstleister\*

I

Überall in Europa kreisen heutzutage die Diskussionen unserer Eliten schon in den ersten Minuten um fünf Begriffe: Öl und Gas, Terrorismus, China, Russland, Afghanistan. Das zeigt eine beklemmende Übereinstimmung: So gut wie alles wird sich wohl gründlich ändern! Die schönen Tage der Entspannung sind nicht

mehr selbstverständlich. Neue Arten kriegerischer Auseinandersetzungen bedrohen den Frieden. Dazu merke ich an: Man muss nicht unbedingt Öl in´s Feuer gießen, ganz gleich ob man Muskeln spielen lassen könnte, wie unsere amerikanischen Verbündeten oder kaum welche hat, wie wir Europäer. Jedenfalls: Strukturen herbeizuführen, die aus lokalen Pulverfässern den Bündnisfall und einen Weltkrieg machen könnten – ist das klug? Aber das ist nicht mein heutiges Thema.

Auch unabhängig von neuartigen Kriegen werden die globalen Veränderungen die Lebensweise der nächsten Generationen gerade in unserem schönen alten, reichen West- und Mitteleuropa in dramatischer Weise beeinflussen. Mitten in diesen Stürmen wächst in Deutschland



© Robert Lehmann

seit inzwischen 18 Jahren „zusammen, was zusammen gehört“. Herausforderungen, die wir bestehen können, wenn wir zusammenhalten, wenn wir uns nicht auf Lorbeeren ausruhen, sondern die richtigen Antworten geben. Aus meiner Sicht erfordert das innenpolitisch

- handlungsfähige, ideologiefreie parlamentarische Mehrheiten. Dafür sind die Wählerinnen und Wähler zuständig und sie sollten hinterher über die Folgen ihrer eigenen Weichenstellung nicht lamentieren.
- Geeignete strukturelle Rahmenbedingungen, wenn sich Selbständigkeit und Eigenverantwortung, Dienstleistungsmentalität mit Flexibilität und Kompetenz entfalten können sollen. Eine grundlegende strukturelle Erneue-

\* Festvortrag anlässlich der 15. Gemeinsamen Fachtagung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure und der Vermessungs- und Katasterverwaltung am 5. September 2008 in Neuruppin

rung unserer Gesellschaft, auf die man 2005 hoffen konnte, auf die ich gehofft habe, steht auch drei Jahre nach Bildung der Großen Koalition in Berlin an / aus. Und zwar keineswegs nur in der und durch die Politik, sondern auch in der Gesellschaft. Wir selbst sind gefordert – Ost und West.

Mut zum Handeln, Verantwortung für sich selbst und das Gemeinwesen, Zusammenhalt unter Druck - dieser Dreiklang ist es, den Freiberufler und besonders freiberufliche Träger öffentlicher Aufgaben täglich leben. „Dienst - Leister“ auf der Grundlage von Qualifikation und Integrität, abhängig von der Zufriedenheit der Kunden. Dieser Dreiklang ist es, den jeder Zuhörer als eine verpflichtende Aufforderung verstehen sollte. Eine Beschreibung der Realität in Deutschland ist dies 2008 ebenso wenig wie 1997, als Bundespräsident Herzog stattdessen einen „Dreiklang in Moll“ beklagte, der lähmend über unserer Gesellschaft liege. Ganz falsch ist das auch heute nicht.

Wir Deutsche können unsere Schularbeiten noch nicht auf der Grundlage gefestigter, über Generationen gewachsener und bewährter nationaler Homogenität machen, weder psychologisch noch ökonomisch. Sondern wir wachsen erst zusammen, und das wird noch allerlei Jahre so bleiben. 1990, deutlich vor der Einheit, habe ich in Zeitungen der DDR eine Prognose über die Zeitachse gemacht und zum Schluss erklärt: „Die Einheit der Köpfe und Herzen aber dauert 40 Jahre.“ Diese ebenso zuversichtliche wie nüchterne Voraussage ist bis heute richtig. Gerade das erschwert im Augenblick noch Einigkeit, und damit verlässliche demokratische Antworten, auch und gerade über Strukturpolitik. Das ist keine unwichtige Feststellung, denn er-

innern Sie sich: Noch vor nur 20 Jahren war die DDR eine dienstleistungsfreie Zone. Die SED leitete den Staat an, Art. 1 ihrer Verfassung. Es galt der Plan, jedenfalls auf dem Papier. Bürokratien galten als Allheilmittel, Bürokratien des ZK, des Staates, des Sicherheitsapparats. Ökonomisch stand die DDR vor dem Zusammenbruch. Aber vielen ihrer Bürger galt sie – oder gilt sie jedenfalls im Rückblick - als vertraut, als Volksheim. Aber: keine freiberuflich tätigen Ärzte, Anwälte, Steuerberater, Notare – und keine öffentlich bestellten freien Vermessungsingenieure. Kein Klassenfeind, keine Bourgeoisie, kein „parasitärer Sektor“. Tatsächlich sind gerade diese freien Kompetenzträger das Geheimnis marktwirtschaftlicher Wertschöpfung, das Geheimnis erwirtschafteter Verteilungsmasse, das Geheimnis produktiver rentabler Arbeitsplätze. Eine Gesellschaft braucht freiberufliche Kompetenz als Voraussetzung marktwirtschaftlichen Erfolgs im Wettbewerb. Wir sind allerdings darauf angewiesen, dass diese Leistungseliten nicht allein an sich denken, sondern auch an Staat und Gesellschaft, auch an Nächstenliebe oder Solidarität – ganz wie es Ihnen besser gefällt. Oder: „Eine Hand für den Mann, eine Hand „für dat Schipp“ - für das Schiff – wie man in Hamburg und an der Küste weiß. Die Gesellschaft braucht privatwirtschaftliche Innovation und Investition. Sie braucht betriebswirtschaftliche Kosten- und Effizienzkontrolle. Wie das alles aus dem Boden stampfen und das Volk mitnehmen? Daher kommt die Enttäuschung, teilweise Erbitterung, daher die Volatilität der Wahlergebnisse Ost – und ganz leise: daher die jungen Männer mit den Springerstiefeln.

In wenigen Wochen kann der Hamburger Bürgermeister als Bundesratspräsi-

dent den Tag der Deutschen Einheit zum zweiten Mal in Hamburg begehen. Als wir diesen Tag 1991 zum ersten Mal in Hamburg feierten, durfte ich als Gastgeber sprechen: „Erst in künftigen Jahren am 3. Oktober - niemand kann sagen, wie lange bis dahin - wird es unter diesem Datum Zusammenkünfte geben, die nicht mehr beherrscht sind von Bedrängnis und Bitterkeit, von banger Hoffnung und keimender Zuversicht, sondern von ganz alltäglichen Nöten und Erwartungen der Deutschen und ihrer Nachbarn.“

Vor diesem Hintergrund liegt mir daran, einige ganz persönliche Anmerkungen zur Einheit zu machen. Denn ohne gelingende Einheit misslingt unsere Zukunft – Ost und West, öffentlicher Dienst und privater Sektor. Es wäre gut, wenn sich mehr Menschen immer wieder ihre emotionale Erinnerung an 1989 vor Augen hielten – Ost wie West. Unglaublich, wie schnell fast zwei Jahrzehnte vergangen sind, unglaublich aber auch, was wir Deutsche in dieser Zeit geschafft haben – weltweit bewundert, zu Hause bekrittelt. Für mich, das darf ich hier in Fontane-Land bekennen, ist und bleibt die Einheit ein unverlierbarer, wichtiger und sehr emotionaler Teil meines Lebens.

## II

In der Adventszeit 1989 hatte ich die unverhoffte Gelegenheit, auf dem Dresdner Altmarkt im Weihnachtsschmuck eine Ansprache vor mehreren tausend Dresdner Bürgern zu halten. Das war wohl nicht ´mal eine Woche vor der historischen Kundgebung Bundeskanzler Kohls auf dem Neumarkt an der Ruine der Frauenkirche. Noch einmal: an der Ruine. Erst 19 Jahre her! Ich wollte nicht kneifen und kam am Ende – tastend - auf das damals

mehr als sensible Thema Einheit. „Wir im Westen sind die Mehrheit, Sie die Minderheit. Wir hatten seit dem Kriege Glück, Sie ohne eigenes Verschulden Unglück. Deshalb müssen Sie es sein, die über die Einheit entscheiden. Sind Sie dafür, so werden unsere Arme offen sein.“ Das war damals waghalsig. Atemlose Stille, dann ein Ausbruch tosenden Jubels. Von da ab wusste ich, anders als die Bonner, was kommt.

Es ist erst 19 Jahre her, dass ich dienstlich erstmals in meinem Leben durch die DDR fuhr. Von der Grenze an unter der Bedeckung zweier dunkelblauer schwedischer Limousinen aus Berlin - in überhöhter Geschwindigkeit und in der Mitte der Landstraßen. Mit dem schwarz-gelben Leuchtstab aus dem offenen Fahrerfenster wurden entgegen kommende Trabbis zum Ausweichen gezwungen, auf der Landstraße zwischen Jüterbog und Treuenbrietzen nach Wittenberg einmal seitlich in die Felder. Ein Sicherheitskommando des MfS aus fünf Mitarbeitern unter der Leitung eines Majors hatte dafür zu sorgen, dass ich keine Gelegenheit erhielt, das Bewusstsein von Bürgern der Arbeiter – und Bauernmacht zu kontaminieren. Bürger, die mir und dieser Bewachung auf dem Bürgersteig entgegenkamen, schlugen die Augen nieder und wechselten die Straßenseite. Erst vor 19 Jahren. Freuen wir uns doch.

In einem nächtlichen Gespräch mit Arnold Vaatz, damals 1. Sprecher des Neuen Forum Dresden, sagte er am Schluss: „In wenigen Tagen wird es eine Kundgebung auf dem Berliner Alex mit einer Million Menschen geben. Falls sich die Menge Richtung Westen in Bewegung setzt, wird geschossen!“ Die Demonstranten waren besonnen. Es wurde nicht geschossen.

Wir Deutsche haben Glück gehabt. Dieses Glück dürfen wir nie vergessen. Alle Wochenenden von der Maueröffnung bis Weihnachten - Freitag, Sonnabend, Sonntag - verbrachte ich damals auf dem Hamburger Rathausmarkt, vor dem Zelt, das den ganzen Platz ausfüllte und die Massen doch nicht fasste. Nie wieder werden mir so viele mir unbekannt Deutsche weinend um den Hals fallen.

Am Tage nach der Maueröffnung habe ich (in der 606. Sitzung des Bundesrats, 10.11.1989) erklärt: „Wir müssen gemeinsam alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland dazu aufrufen, notfalls auch bereit zu sein, zusammenzurücken, bereit zu sein, einen Beitrag für die Modernisierung der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten und zwar ohne Gegenleistung.“ Das gilt bis heute. Warum freuen wir uns so wenig an dem, was gelungen ist? Wir haben doch – Ost wie West - vieles richtig gemacht! Stellen wir den gesamtstaatlichen Kraftakt nicht unter den Scheffel, für den wir weltweit bewundert werden, sondern setzen wir den Kraftakt fort und machen etwas draus für Ost und West im globalen Wettbewerb.

Wenn wir heute über „Deutschland und die Deutschen“ reden, kommt uns nicht allein das Thema „deutsche Einheit Ost-West“ in den Sinn, sondern mindestens so sehr „Einheit oben - unten“. Innerhalb unserer gesamten Gesellschaft, auch in Westdeutschland, gibt es große soziale Unterschiede, die immer stärker hervortreten. Wir müssen begreifen, dass es in unserer Zeitenwende nur eine Antwort geben kann: Neubesinnung der gesamten Gesellschaft darauf, dass wir allein als Leistungs- und zugleich als Solidargemeinschaft Bestand und Erfolg haben werden.

### III

Besonders wir Norddeutsche können zuversichtlich sein. Wir werden wieder Dreh- und Angelpunkt zwischen den europäischen Wirtschaftsräumen - Skandinavien und Kontinental-Euroland; Ost-, Mittel- und Westeuropa. Der Norden wird durch die Erweiterung mehr politisches und wirtschaftliches Gewicht gewinnen. Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg, sind Teil der baltischen Region, die - West und Ost - immerhin ein knappes Dutzend Staaten umfasst, etwa 2 1/2 Millionen Quadratkilometer, über 100 Millionen Menschen, ein Drittel im Westen, zwei Drittel im Osten. Selbst wenn man sich auf die unmittelbaren Ostsee-Anrainer beschränkt, geht es um ein Gebiet, so groß wie Frankreich, Spanien und Portugal zusammen mit 50 Millionen Menschen. Innerhalb dieses Gebiets finden sich nur sechs Millionenstädte auf zwei Achsen zwischen Hamburg und Helsinki: Kopenhagen, Stockholm, Helsinki ist die eine, Berlin, Warschau, Petersburg, Helsinki die andere. Der norddeutsche Raum – West wie Ost - wird Schnittstelle zum Welthandel (Raum Hamburg-Lübeck) und politisches Scharnier (Raum Berlin). Dieser Prozess bringt Chancen für uns in Norddeutschland mit sich. Wir müssen sie erkennen und ergreifen. Das ist nicht dasselbe wie Anspruchsdenken. Aufholen und Zusammenwachsen ist eine Zweibahnstraße.

### IV

Die beiden älteren Generationen der Westdeutschen durchzieht gegenwärtig ein sentimentaler Konsens: 60 Jahre Frieden und Freiheit, zwei Generationen Arbeit und Wohlstand. Wir hatten das Glück, in

einem goldenen Zeitalter zu leben. Neigt es sich dem Ende zu?

Nein, sage ich. Wir haben im europäischen, geschweige denn im globalen Vergleich neben wenigen anderen Nationen in Europa die besten Voraussetzungen. Wir müssen sie nur selbstbewusst ergreifen. Klagen auf hohem Niveau oder zusammenraffen, was geht, oder sich mit seinem Vermögen absetzen und das eigene Land sitzen lassen – das alles wäre nicht dasselbe. Eigentlich lohnend, sollte man denken, einem schleichenden, langfristigen Niedergang frühzeitig entgegenzuwirken, einen neuen Aufbruch zu wagen. Einigkeit und Recht und Freiheit nicht nur bei Olympia und der EM, sondern im Alltag. Trotzdem stellen sich die Parteien - da schließe ich meine ohne Weiteres ein - nicht dem ehrlichen Gespräch mit den Bürgern über Lage, Ursache, Strategie. Warum? Es bekommt einem schlecht, wenn man das tut. Der SPIEGEL berichtet gerade über die „Sanfte Melodie“ Angela Merkels für das Wahljahr 2009 und analysiert: „Diesmal will Merkel kuscheln, nicht angreifen.“ Weres anders macht, muss in der deutschen Politik tatsächlich darauf gefasst sein, als Überbringer schlechter Nachrichten am Wahlabend geköpft zu werden. So war es ja beinahe 2005. Und, meine Damen und Herren, dafür sind auch die Wähler selbst verantwortlich.

Die Probleme werden so von Jahr zu Jahr schwerer lösbar. „Tatsächlich befindet sich die Welt in einem tiefen Umbruch. Wir müssen uns der Wirklichkeit stellen. Deutschland muss um seinen Platz in der Welt des 21. Jahrhunderts kämpfen.“ Diese klare Ansage findet sich bereits in der allerersten Ansprache Horst Köhlers unmittelbar nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Mai 2004 vor der

Bundesversammlung. In der Realität der Parteiendemokratie wird dieser Kampf um Deutschlands Platz in der Welt überlagert durch den Kampf der Parteien um Mehrheiten und Umfragewerte. Es geht aber gar nicht um die Parteien, es geht um die Menschen, das Volk, das Land, um die richtigen Antworten auf große Herausforderungen. Dann käme auch die Sorge nicht auf, dass unsere Demokratie allmählich auf tönerner werdenden Füßen steht. 2005 sind mehr Deutsche ausgewandert als seit 50 Jahren, 145 000. Jung und gut ausgebildet, aber sie trauen der Zukunft nicht. Wenn das nicht Alarmsignale sind, dann kenne ich keine. Ökonomisch sind wir dann sehr schnell bei dem Rezept eigener Initiative und eigener Verantwortung - für sich selbst und für das Ganze, wie sie die freien Berufe insgesamt, nicht zuletzt unsere staatlich verliehenen freiberuflich ausgeübten, prägen.

## V

Einigkeit bei nationalen Interessen und praktische Vernunft im Interesse des Volkes sind nötig. Die staatliche Kraft Deutschlands reicht auf Dauer nicht für alle Aufgaben aus, auch wenn dieser Befund durch die konjunkturelle Phase der letzten Jahre überlagert worden ist. Durch die umgekehrte Generationenpyramide wird der Befund in den kommenden zwei Jahrzehnten dramatisch zunehmen. „Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“ (Ludwig Erhard vor mehr als 50 Jahren). Eigentlich eine Binsenweisheit, aber wer beherzigt sie noch? Es muss uns deshalb vor allem um strukturelle Reformen zur Verbesserung der Leistungs-, Beschäftigungs- und Steuerkraft des ganzen Landes gehen - in der beispiellosen dreifachen Herausforderung:

- Durch globale Konkurrenz als Alltagsphänomen, also Konkurrenz ohne Entfernungen, ohne Grenzen und fast ohne Regeln, Konkurrenz mit Billiglohnländern ohne Umwelt- und Arbeitsschutz, ohne Urheberrecht und Rechtsschutz, mit Kinderarbeit, mit Diktaturen, die Konsumverzicht verordnen können, die Berge versetzen, wenn bei uns noch die Antragsunterlagen zusammengestellt werden und die ihre Bürger gewaltsam niederhalten, wenn sie Menschenrechte und Demokratie einfordern.
- Durch die europäische Erweiterung über die frühere östliche Block- und Armutsgrenze der ursprünglichen EWG hinaus, und zwar ohne handlungsfähiges und demokratisch legitimierendes Institutionen-Fundament in Brüssel, das sich für Europas Weichenstellungen von globaler Bedeutung eignet. Stattdessen ärgerliche flächendeckende bürokratische Interventionitis in Petitionen. So vergault man den letzten Unionsbürger, so wird Brüssel, werden die Staats- und Regierungschefs noch manches Referendum verlieren und das Urteil der Bürger dann ganz schnell ganz tief hängen, als sei es ein Betriebsunfall. Die aktuelle außenpolitische Lage beweist: Europa ist in großen Dingen weder einig, noch handlungsfähig. Wie sollen dann die sozialen und ökonomischen Brüche in der EU überwunden werden.
- Und durch den Altersaufbau unserer Bevölkerung, an dem sich kurz- und mittelfristig kaum etwas ändern lässt; die Menschen für solche Zeiträume sind ja alle schon geboren, und zwar viel zu wenige.

Parallel zu diesen Herausforderungen verliert der Nationalstaat, der sie doch bestehen muss, seine traditionellen Pro-

blemlösungsinstrumente. Nicht zuletzt verliert er die Möglichkeit territorialer Aussperrung von Problemen an seinen Grenzen. Die Welt wächst zusammen, Europa gehört zusammen, Grenzen sind durchlässig – für Freiheit, für Wettbewerb, für Herausforderungen, für Dumping. Globalisierung lebt von der „Entgrenzung“, d.h. der Abschaffung hinderlicher demokratischer Selbstgestaltung des Nationalstaats und der EU. Die Menschen wollen und brauchen aber die Gestaltung – vielleicht: die Verlangsamung - der Globalisierung und der europäischen Erweiterung. Hier tut sich ein Widerspruch auf, dessen ganze Schärfe sich noch erweisen wird, erst ökonomisch, dann sozial und darauf undemokratisch, wenn wir nicht alles richtig machen, und zwar bald.

Der epochale Wandel ist irreversibel. Anhalten kann man ihn nicht, gestalten muss man ihn. Kann es auf Dauer gut gehen, wenn wir Spitzentechnologie selbst nicht anwenden mögen oder sie in Billiglohnländer transferieren, die geistiges Eigentum nur als Lippenbekenntnis achten? Chinas Devisenreserven gehen auf 1,5 Billionen Dollar. Chinas kaufkräftige Nachfrage auf den Energie- und Rohstoffmärkten von morgen wird uns noch das Fürchten lehren, wenn wir nicht selbst und aus eigener Kraft erfolgreich bleiben.

## VI

Wettbewerbsfähigkeit als Niedrigpreis- und Billiglohnland – das kann unser Rezept nicht sein. Bürokratische (planwirtschaftliche) neue Regulierung kann unser Rezept nicht sein, auch wenn man nicht übersehen kann, dass solche Patentrezepte wieder stärker im Schwange sind. Nicht zuletzt deshalb heißt es allenthalben: die deutsche Gesellschaft rücke nach links.

Wenn planwirtschaftliche Bürokratien unter anderem Namen das Ergebnis sind, dann man gute Reise. Aber lassen Sie sich nicht Sand in die Augen streuen: Solche Patentrezepte beruhen bei den meisten weniger auf sachlichen Gründen, als auf parteipolitischen Strategieberlegungen. Deshalb noch einmal: Es kommt nicht auf die Parteien an, sondern auf uns, auf die Menschen, auf das Land. Tragfähig ist nur eine Antwort: Um so viel, wie die globale Konkurrenz billiger ist als unsere Produkte und Dienstleistungen - um so viel müssen wir besser und schneller sein als die Konkurrenz. Das ist nicht neoliberal, das ist die Realität. Wer diese schlichte Wahrheit im Wettbewerb der Kontinente als Neoliberalismus bezeichnet, muss die Frage beantworten, ob er den freien Welt-handel beenden und die Festung Europa ausrufen will; dazu bräuchte er wegen der Rohstoffe übrigens Russland. Tatsächlich existiert globaler Wettbewerb, tatsächlich schwindet unser Vorsprung, und gleichzeitig sind wir deutlich langsamer als die Konkurrenz. Bundespräsident Köhler hat die Notwendigkeiten im März 2005 auf einen prägnanten Nenner gebracht: „Wir brauchen einen modernen Sozialstaat, der mit einer nachhaltigen öffentlichen Finanzwirtschaft vereinbar ist. Wir brauchen ein effizientes Steuersystem, das Leistung belohnt, aber auch dem Staat gibt, was des Staates ist. Wir brauchen einen nationalen Aufbruch für Bildung, Forschung und Familie, der unserer Gesellschaft Zukunftsglauben und Zusammenhalt gibt. Und wir brauchen die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, um die Reformfähigkeit unseres Landes zu stärken.“

Von mehr Regulierung, mehr Bürokratie, einer Ausweitung des staatlichen

Sektors, einer Ausweitung der Staatsquote als Rezept spricht er nicht. Mit Recht, denn wir brauchen das Gegenteil: einen flexiblen, kompetenten, markt- und kundennahen Mittelstand, der Innovation, Wachstum, Wertschöpfung, Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft statt Lähmung und Langsamkeit, und der sich wegen seiner Kundennähe nicht leisten kann, der heute öffentlich zutage tretenden Raffgier einiger Großer zu erliegen. Das Erfolgsrezept mittelständischer Dienstleister könnte viel mehr für alle bewirken, wenn man sie nur ließe.

## VII

Ich halte mich jetzt an die Reihenfolge in dem Zitat Bundespräsident Köhlers.

### Sozialstaat

Die durch Bundeskanzler Schröder innerparteilich und gegen die Gewerkschaften (Ausnahme: IG BCE) regelrecht erkämpfte Reform der Sozialsysteme begann, den Zusammenhang von Leistung, Solidarität und Eigenverantwortung in den Mittelpunkt zu stellen. Bundespräsident Köhler hat das anerkannt: „Ein mutiger Anfang ist mit der Agenda 2010 gemacht. Er wird eine positive Wirkung entfalten. Doch wir müssen unseren Menschen ehrlich sagen, dass wir es damit noch nicht geschafft haben.“ Mehr Eigenverantwortung ist die Antwort, im Wahlkampf wussten die großen Parteien das noch - beide! Der Gesundheitsreform ist es nicht mehr anzumerken, der aktuellen Diskussion der SPD mit sich selbst auch nicht.

Natürlich: Hängen lassen darf man niemanden, der mit Eigenverantwortung überfordert ist, denn Menschenwürde und Menschenrechte dürfen nicht angetastet werden. Das Sozialstaatsprinzip ist das

verbindende Band zwischen „oben“ und „unten“, das eine marktwirtschaftliche Gesellschaft benötigt, um Staat und Gesellschaft beisammen zu halten. Gerade wer den Sozialstaat bewahren will, darf aber nicht jedes Detail heilig sprechen. Denn der schönste Sozialstaat nützt ja denjenigen Menschen, die von ihm abhängig sind, ganz genau so viel - oder wenig -, wie die Gemeinschaft aller Bürger in der Lage - und bereit - ist, ihn sich zu leisten.

## Steuersystem

Erforderlich ist die Auslichtung und Umgestaltung des Steuerdickichts. Es bewirkt Steuerausfälle, Undurchsichtigkeit und Ungerechtigkeit zugleich. Und es ist nicht einmal in Europa wettbewerbsfähig. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: „Die Bundesregierung setzt ihre Reformen des Steuerrechts mit dem Ziel fort, das deutsche Steuerrecht zu vereinfachen und international wettbewerbsfähig zu gestalten. Angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks hat dabei die Reform des Unternehmensteuerrechts Priorität.“ Ich denke, man sollte die Zuversicht nicht verlieren, dass daraus etwas Vernünftiges wird. Doch jede Steuerreform gleicht der Quadratur des Zirkels: die öffentlichen Aufgaben finanzieren; die Bürger und Betriebe entlasten; europäisch wettbewerbsfähige Steuersätze; Senkung der Lohnnebenkosten; Vereinfachung des Steuerrechts; Ausdünnung des Steuerdickichts einschließlich der vielen Ausnahmen und Lenkungs Vorschriften. Deshalb wohl erklärt Peer Steinbrück gelegentlich: vergnügungssteuerpflichtig sei das nicht.

## „Bildungsrepublik Deutschland“

Deutschland lebt von Wissen, Können und Vorsprung. Vorsprung muss ständig

erneuert werden. Neue Industrienationen sind da. Sind konkurrenzfähig und kostengünstiger. Neue Sektoren sind da. Als Dienstleister hatten und haben wir eher nur in Nischen Vorsprung. Geändert werden kann das nur durch Menschen, die Lust auf Leistung und Lust auf Neues haben.

Wir brauchen eine Bildungsreform, die alle fördert, alle weit bringen will, niemanden zurück lässt, die aber Scheinlösungen meidet - Niveauverfall oder Bremsung der Hochbegabten. Wir brauchen gute Bildung für alle und Spitzenniveau für Hochbegabte, kein Widerspruch. Sie kennen das böse Aperçu, in den USA gebe es die 20 besten Hochschulen der Welt – und die 2000 schlechtesten. Wir müssen uns an den 20 besten messen. Die Mängel der anderen sollten wir nicht nachmachen. Sämtliche naturwissenschaftliche Nobelpreise 2006 gingen in die USA. Auch wenn zwei deutsche Forscher 2007 den Nobelpreis für Chemie gewonnen haben: Gute Schule, gute Berufsbildung, gute Hochschule, Spitzenforschung – das alles brauchen wir. Allerdings muss man sich für seine Bildung und Ausbildung anstrengen wollen. Das kann Politik nicht verordnen. Wir Deutsche müssen den Hosenboden neu entdecken, jeder selbst. Je länger der Weg, umso wichtiger, dass wir sofort damit anfangen.

## Reformfähigkeit stärken

Deutschland ist viel zu langsam. Die Schwerfälligkeit fängt bei der Arbeit der Verfassungsorgane an. Aber auch Planung, Entscheidung, Genehmigung und Unanfechtbarkeit dauern bei uns Jahre länger als bei der Konkurrenz. Die Schwerfälligkeit lähmt private Initiative und Investitionen. Das liegt an Überregulierung, an zu viel Bürokratie und an

einstweiligem Rechtsschutz zu Lasten der res publica für jedes noch so individuelle Partikularinteresse. Wir brauchen einen bescheideneren, schlankeren, schnelleren Staat. Leistungsstärke, Kompetenz, Effizienz und Flexibilität, im Ergebnis auch die Kostenkontrolle öffentlich bestellter Freiberufler können beachtet werden. Es gäbe mehr Tätigkeiten staatlicher Bürokrationen, die auf diese Weise besser, schneller und preiswerter werden könnten.

Die Blockade der Verfassungsorgane aber ist grundgesetzlich verursacht und war von den Alliierten gewollt. Aber die Parteidemokratie ist es, die unterschiedliche Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat als Blockadeinstrument einsetzt - Fortsetzung der Opposition mit anderen Mitteln. Herbert Wehner warnte oft davor, die Demokratie mit gleichsam „kriegswissenschaftlichen Mitteln“ zu betreiben, dadurch werde sie zerstört. Seine Mahnung muss wieder mehr beachtet werden.

Die Große Koalition hätte einen großen Wurf wagen sollen, der die Bürger mitreißt, an dem sie sich reiben, an den sie aber auch glauben können. Nicht auf Wahlen schielen, sondern auf die Zukunft schauen. Einig sein und durchhalten. Darauf sollte jede Regierung setzen, die Parteien auch, dann kommen die Deutschen bald zu Hilfe, und gemeinsam können wir alles schaffen.

